

Schwerpunkt in Bezug auf die Konzentration verhafteter Ausländer in den Untersuchungshaftanstalten des MfS bilden Bürger der BRD und Westberlins sowie Staatenlose mit ständigem Wohnsitz in der BRD und Westberlin. Diese werden auf der Grundlage entsprechender Vereinbarungen zwischen der DDR und der BRD vom Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR und seine mit konsularischen Funktionen beauftragten Mitarbeitern betreut.

Seit Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD entwickelte die Ständige Vertretung der BRD in der DDR umfangreiche, zielgerichtete Aktivitäten bei der Betreuung verhafteter BRD-Bürger und Bürger Westberlins. So wurden im Zeitraum von 1978 bis 1982 ca. 800 Besuche Verhafteter aus der BRD bzw. Westberlin im Untersuchungshaftvollzug des MfS von Diplomaten durchgeführt. Das sind 89 % der in diesen Jahren insgesamt stattgefundenen Diplomatenbesuche bei verhafteten Ausländern. Operativ interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß für die Durchführung dieser Besuche 59 Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD zum Einsatz kamen. Dazu kommen Aktivitäten in Form der Anwesenheit von Diplomaten bei gerichtlichen Hauptverhandlungen sowie spezifische Betreuungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die anlässlich des Weihnachtsfestes von der DDR genehmigte jährliche Paketaktion für verhaftete Bürger der BRD bzw. Einwohnern Westberlins usw.¹

Aus Gründen der Konspiration und Geheimhaltung und im Interesse einer qualifizierten Absicherung der Diplomatenbesuche werden diese zentral für alle Diensteinheiten der Linie XIV in einer Untersuchungshaftanstalt des MfS Berlin durchgeführt. Die jeweilige Diensteinheit der Linie XIV ist verantwortlich dafür, daß sich der verhaftete Ausländer rechtzeitig zum Besuchstermin in dieser Untersuchungshaftanstalt befindet.²

¹ Der Erhalt von Weihnachtspaketen durch die Botschaft wird auch Bürgern Österreichs, Italiens, Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens und der Schweiz gestattet.

² Die Bestrebungen der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR sind darauf ausgerichtet, jeden Verhafteten in der Untersuchungshaftanstalt zu besuchen, in der die Untersuchungshaft vollzogen wird.